

...ouffher Edelmann, der 2000 Aker Land in Irland besitzt, wies 200 Familien aus und vernichtete ihre Wohnungen.

Und dieses Verstoßen der Wohnungen und Vertreiben der Länder wird immer noch fortgesetzt. So zählten

Caslebar Union (Vereinigung v. Dörfern)	1841	1875	Abnahme
Bevölkerung	58,678	36,823	21,855
Anzahl der Häuser zc.	10,814	6,200	4,614

Gemeinde Louiberg	1846	1875	
Bevölkerung	2,200	700	1,500
Gemeinde Gurnagusham	269	67	202
Gemeinde Kilira	246	16	227
	2,715	783	1,929

In den jüngst veröffentlichten Statistiken finden wir die folgende Abnahme von Pachtungen in den letzten Jahren:

Pachtungen von 5 bis 15 Aker	27,397
" " " 16 " 30 "	4,247
	31,644

und Zunahme der Verwandlung von Kultivirtem (Ackerbau-) in Wiesen- und Waldboden:

			Abnahme
Getreideland 1855	2,832,564	1875	1,916,808
			915,756 Aker
			85,288 "
			69,721 "
Gemüseland 1878	1,317,863	1879	1,296,636
			23,227 "

demnach Abnahme d. Ackerbauandes v. 1878—79 92,948 Aker

Damit vergleiche man die offiziellen Polizeistatistiken über die Landarbeiterwohnungen; diese sprechen für sich selbst und bedürfen weiter keines Kommentars.

Anzahl der Mud. Cabins*) mit mehr als 1 Zimmer	371,129
Anzahl der in denselben wohnenden Familien	432,774
Ueberszahl der Familien**)	61,645
Anzahl der Mud. Cabins mit nur 1 Zimmer	155,675
Anzahl der darin wohnenden Familien	227,379
Ueberszahl der Familien	71,704
Ueberszahl der Familien im Ganzen	133,349

Sämmtliche oder beinahe alle diese Arbeiterwohnungen haben nichts als die bloße Erde zum Fußboden. Und dies ist eine Thatsache im 19. Jahrhundert bei unserer so viel gerühmten Zivilisation, unserem Reichthum und unserer Größe!

Und trotz aller dieser Landräuberei und trotz des Elends und Hungers der großen Masse des Volkes sind die Vorschläge und Maßregeln der Führer der jetzigen irändischen Bewegung doch nichts weiter, als ein schwächliches Kompromiß. Die Bewegung hat durchaus nichts Sozialistisches oder Kommunistisches an sich. Man traue — die bis jetzt gestellten Forderungen sind nur: das Aufheben der Pächterausreibungen und die Ermäßigung der Pachten auf den Stand von 1840 und 1846. Außerdem äußert man den Wunsch, die Regierung solle Grund und Boden zu ermäßigtem Preise aufkaufen, an die Bauern wiederverkaufen und den Käufern die Zahlung so weit erleichtern, daß die jährlichen Abschlagszahlungen genau im Verhältniß zu den ermäßigten Pachtgeltern stehen.

Doch ist die Bewegung immerhin eine wichtige, weil sie im weiteren Verlauf wahrscheinlich zu einer Agitation von erheblichem und vorgeschrittenem Charakter führen wird. Heute steht das irische Volk noch viel zu sehr unter dem Einflusse seiner katholischen Priester, um wirklich revolutionär werden zu können, und dieser priesterselbstliche Einfluß muß erst beseitigt werden, ehe wir ernstlich auf die politische und soziale Erlösung der Iränder hoffen dürfen.

Später werde ich noch einmal auf die Grund- und Bodenfrage mit Bezug auf ganz Großbritannien zurückkommen.

3. Stehley.

Österreichische Zustände.

Alt. Aus Oesterreich-Ungarn, 26. November. „Halb Roth, halb Schlange ist's“, wie Schiller sagt, etwas Reptil und ein wenig Schakalhirn dazu gemischt — möchte ich hinzufügen, um den Homunculus, den man österreichisch-ungarischer Staat nennt, besser zu charakterisiren. Da ist vor Allem Eitelkeit oder das eigentliche Oesterreich, dem als Kuriosum ersten Ranges bei meiner Besprechung hiesiger Zustände der Vortritt gebührt. Wer je Gelegenheit gehabt, das innere Getriebe dieser jämmerlich zusammengewürfelten Staatsmaschine zu beobachten, kann sich eines Gefühls des Ekels und der Verachtung nicht erwehren. Die Bourgeoisie will gleich den Fröhen in Lafontaine's Fabel den Storch, d. h. den Preußen zum Oberhaupt. Die Arbeiterklasse ist ganz apathisch und das Beamtenthum so wie die Presse trinkgelüchsig; das Habsburgerthum aber ist unmännlich und eunuchenhaft und läßt aus lauter Furcht vor dem Gepeist der Revolution dem Schnapsbrenner von Barzin die Hände. Hier in Wien jagte mir eine hochgeheilte Persönlichkeit, die ich in der Hofburg sprach — regiert niemand Anderer als der Volksherr, Preussens. Das Reichskanzleramt in Berlin braucht nur zu befehlen, und die hiesigen Behörden erfüllen pflichtgetreu Alles, besonders wenn es sich um eine kleine Demagogenjagd handelt.“

Sie haben kaum einen Begriff davon, welcher Polizeiapparat bloß zur Ueberwachung einer einzigen mißliebigen Persönlichkeit angewendet wird. Ein einziges Beispiel: Als Genosse Sigmand Poltzer sich noch in Wien aufhielt, überwachten vier Detektivs allein das Haus jenes Arztes, bei dem sich unser kranker Genosse immer Rath's erholte! Daß unter solchen Umständen zur Ueberwachung der Spitzbuben keine Mannschaft mehr übrig bleibt, braucht nicht erst gesagt zu werden. Unter dem Polizeiregime des „Mitter“ von Marx erfreut sich die Spitzbubenwelt Wiens, und nicht die Wiener Bevölkerung, der größtmöglichen Sicherheit.

*) Anmerkung des Uebersetzers: Mud Cabins sind aus Schamfer und Strohgedreht und Stienen gebaute Wohnungen, mehr Höhlen als Hütten, die meistens nicht einmal Fenster besitzen. Stimmer kann man hier natürlich auch nicht im deutschen Sinne anstellen, Raum ist der richtigere Ausdruck. Rudolf Weibertzen.
**) D. h. die Anzahl der Familien, welche selbst nach den polizeilichen, sehr beschränkten Angaben von Wohlthätigern über die höchstzulässige Zahl an Bewohnern in diesen Höhlen des Elends haufen. D. Red.

heit. Es ist das eine noch von der seligen Bachperiode überkommene Ueberlieferung, welche von dem ehemaligen Haynauer Henslerschicht Marx bisher getreulich angehalten worden ist. Man findet, Dank diesem Systeme, in Wien eine Unmasse von zweifelhaften Existenzen, die sich ziemlich ungenirt herumtreiben. Freilich kann man ja einem Revolverjournalisten, Louis, Kauktionsschwinder zc. manches nachsehen, da jeder dieser Leute einen recht brauchbaren Spitzel abgibt. Zudem sei noch bemerkt, daß nicht wenige Wiener Polizisten von den Dieben und Einbrechern einen Prozentantheil des „Massenman“ Betruges als Schweißgeld beziehen! Treibt ein solcher Polizist es zu arg, nun, dann kommt etwa ein Prozeß à la Césaire-Friedmann; aber meistens werden schmutzige Affären, von denen die Bergefechten wissen, verischt. Bei der Polizei hält nämlich „Einer den Andern in der Hand“, mit andern Worten: schuld beladen fühlt sich ein Jeder, und daher die Praxis des gegenseitigen Durchdiebstahls. Wie man sieht, ist demnach die österreichische Polizei nichts Anderes als eine Art Mafia, eine Verbindung, deren Mitglieder sich gegenseitig die straflose Ausübung von Verbrechen zusichern. Soll man sich dann noch wundern, wenn eine solche Volkseinfassung mit verdoppeltem Eifer sich auf jene Partei wirft, deren Losung „fort mit allen Dieben“ lautet?

Die erbärmlichste Rolle, die es nur geben kann, spielt aber der österreichische Knäppelstaat, dieser mit Ach und Krach zusammengeflackte Bülkermogulshauten, der nur armen Handwerksburschen oder Sozialisten die Zähne zu zeigen versteht, nach auswärts. Er läßt seinen Konsul in Widdin durch die Russen prügeln und läßt dabei den russischen Knutenhelden ehrfurchtsvoll die Hände, gibt sich zum speichelledersischen Bedienten der russischen und deutschen Polizei her. Russische Polizisten richten sich hier in Oesterreich häuslich ein und begeben mit einer bodenlosen Frechheit Attentate gegen die persönliche Freiheit. Daher kommt es, daß man in Oesterreich nur Russe zu sein braucht, um als Rißiäli zusammengepackt und dingfest gemacht zu werden. Russen, die sich in Oesterreich aufhalten und daselbst gar kein anderes Verbrechen begehen, als höchstens, dem Väterchen an der Newa nicht grün zu sein, werden par ordre du multi in den Kottel gesteckt, wenn dabei auch — wie beim Krakauer Sozialistenprozeß — schließlich gar nichts herauskommt. Erst vor einigen Tagen wurden von den in Krakau inhaftirten Genossen sechszehn auf freien Fuß gestellt, nachdem sie monatelang Kerker, Mißhandlungen und Erpressungen zu erdulden gehabt. Bei dieser Gelegenheit sei auch einer Thatsache erwähnt, über die bisher Stillschweigen beobachtet werden mußte. Bekanntlich wurde die erste Nummer der wienischen in Wien erscheinenden „Freiheit“ konfiskirt. Die Ursache der Konfiskation stand im Zusammenhang mit der Affäre der Krakauer Sozialisten und wirft ein charakteristisches Licht auf die österreichische Knuten- und Bülkerrückwärts. Die „Freiheit“ brachte nämlich gleich in ihrer ersten Nummer Enthüllungen über die Vorgänge in den Krakauer Gefängnissen und erzählte, daß man, um den gefangenen Sozialisten Geständnisse zu erpressen, die körperliche Tortur anwende! Statt nun diese Thatsache zu dementiren oder gegen das Blatt einen Berühmungsprozeß anzustrengen, suchte man durch Konfiskation die oben gemachte Enthüllung zu vertuschen. Wir wissen freilich um diese Angelegenheit, aber das große Publikum nicht. Letzteres weiß deshalb auch nicht, was es von den vor einer Woche in den Blättern mitgetheilten Telegrammen halten solle, welche meldeten, daß die gefangenen Sozialisten drei Tage lang jede Annahme von Nahrung verweigerten. Einer von ihnen hatte schon früher, durch die barbarische Behandlungsweise der Schergen zur Verweigerung gebracht, seinem Leben durch den freiwilligen Hungertod ein Ende gemacht.

Ist es bei solchen Zuständen ein Wunder, wenn sich in einzelnen Theilen des Reiches Vorkriegsbestrebungen geltend machen? — Das war von jeder Oesterreich's Verhängniß, daß es seine verschiedenen durch Heerathen zugekuppelten Länder durch seine bornirt brutale Wirtschaft sich entfremdete. Da ist z. B. die Zeremonien-Bewegung zu erwähnen, welche unsere Herrscher in Angst und Schrecken versetzt. Das schlechte Gewissen des Despotismus läßt sie in Angst und Schrecken gerathen, so oft zwei oder drei Gymnasialkinder in Triest knallertlich werfen.

Auch in Ansehn gewinnen die Losbreichungsbestrebungen immer mehr Terrain. Tifa, der an Servilität gegenüber der Hofpartei und Bismarck noch nie Dagegenes gelistet, wird halb seine Rolle ausgespielt haben. Der mit günstigem Erfolge für unsere Gefinnungsgenossen durchgeführte Vespersprozeß gegen Kürsöldi und Ghorba (Mediziner der „Raphava“) war die erste Niederlage, die sich Tifa geholt. Die Abstimmung in der böhmischen Frage bedeutet gleichfalls eine Niederlage. Ob es besser für uns wird, wenn Tifa geht, können wir nicht gerade behaupten; schlechter kann es aber schon nicht mehr werden. Noch sind wir darauf neugierig, wie Tifa seine ungeschlichen Maßregeln gegen die Sozialisten verschleiden werde. Es wurde nämlich von einem Abgeordneten der äußersten Linken bezüglich dieser Angelegenheit längst eine Interpellation im Reichstoge eingebracht.

Eine erfreuliche Thatsache ist endlich aus unsern Arbeiterkreisen zu verzeichnen. Es werden in neuerer Zeit seitens eines Komite's Versuche gemacht, die Gegensätze, welche im hiesigen sozialistischen Lager herrschen, auszugleichen. Mäße diesen Bestrebungen der Erfolg nicht ausbleiben, denn eine einheitlich geleitete Arbeiterpartei könnte unter den jetzigen Verhältnissen erstaunlich viel leisten. Bei uns hat eben Tifa den Boden zur sozialistischen Saat recht wader gepflügt; schade nur, daß die Arbeiterpartei bisher so wenig gethan, um dies gehörig auszunützen. Vieles ließe sich hierüber sagen, doch will ich mir dies, sowie die Besprechung der ungarischen Verhältnisse, auf später vorbehalten.

Sozialpolitische Rundschau.

Der deutsche Bundesrath hat die Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes auf ein weiteres Jahr genehmigt. Motivirt wurde der von der preussischen Regierung gestellte Antrag durch Graf Eulenburg damit, daß die Organisation der sozialdemokratischen Partei unverändert forbestehe und daß demnach die Rückkehr der ausgewiesenen Führer lediglich den früheren Zustand wiederherstellen würde.

Einen weitem Grund für die verfügte Ueberhöre, eine ganze Reihe verfassungsmäßiger Rechte kurzweg anhebende Maßregel wußte der Minister auch vor dem Landtag (dessen Verhandlungsbericht uns im letzten Ausblick vor Schluß des Blattes zugeht) nicht anzuführen. Das Einzige, was er seiner „Begründung“ vor dem Bundesrath Neues hinzufügte, war, daß er mit einer Einsicht, die in solchen Dingen bei der Regierung höchst selten ist, sich gegen der Zeugenschaft für seine Behauptung von der ungeschwächten Fortexistenz der deutschen Sozialdemokratie an die kompetenteste Stelle wandte — nämlich an den „Sozialdemokrat“, von dem er meinte, daß er als offizielles Organ der deutschen Sozialdemokratie „angesehen werden kann.“ In Nr. 4 dieses Blattes befand sich ein Berliner Bericht, welcher hervorhebt, daß die bisherigen Maßregeln keinerlei Einfluß auf die sozialistische Bewegung gehabt hätten zc. Dieß mußte auch er zugeben: die Wirkung der ergriffenen Maßregeln ist eine sehr problematische! Allein eben so sicher sei, daß ohne dieselben die Zustände noch viel schlimmer sein würden; auf jeden Fall habe man ein Jahr lang Ruhe vor den Sozialdemokraten gehabt, habe ihren wüthen Kärm und ihre Erhöhung von Recht und Gesetz nicht gehört, was allein schon viel werth sei. — Man sieht, wie bescheiden die Leute, welche die Sozialdemokratie ehemals mit Haut und Haaren verpeisen wollten, in ihren Wünschen schon geworden sind. Sie werden sich mit der Zeit schon noch mehr einzuschränken lernen müssen.

Der Nothstand, nicht der chronische, welcher die weitesten Volkstheile Deutschlands schon seit Jahren heim sucht und aus manchen Gegenden nie verschwindet, sondern der akute, welcher direkt an der Schwelle des nackten Hungertodes steht und bereits dessen erste Form ist, breitet sich — die ebenso unverschämte als gewissenlose Behauptung der Regierung von der zunehmenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage durch die schredlichen Wirkungen des Hungers — mit furchtbarem Schnellicht über immer weitere Gebiete Deutschlands aus. Von Oberschlesien, Thüringen, Braunschweig und dem sächsischen Erzgebirge haben wir bereits berichtet; in letzterem ist (in Mülsen St. Jakob) bereits ein Hungertypusfall vorgekommen. In diesen bisherigen Nothstandsbezirken ist nun ein neuer getreten: die bairische Rhön. Umweit des Ortes Frankenheim, wo vor einigen Jahren der Hungertypus ausbrach, in dem Dorf Müdenschwanden, herrscht eine Typhus-Epidemie, welche an Ausdehnung den stärksten Epidemien nachkommt; von den 200 Einwohnern des Ortes sind 68 erkrankt. Die Krankheit wurde lediglich durch die unbeschreibliche Noth, welche in der Rhön herrscht, hervorgerufen. Schlechte Nahrung, ungenügende Kleidung, enge Zusammenwohnen in den dürftigsten Hütten — oft Kranke und Gesunde auf einem Lager — sind typisch in den Dörfern am Abhang der Rhön. Dies Jahr aber mangelt in Folge der schlechten Kartoffel- und Getreideernte, sowie des gänzlichen Darniederlegens der den Haupterwerb zweig bildenden Hausindustrie, selbst das Allernothigste. Der Staat aber treibt, von solchem Elend ungerührt, die erdrückenden Steuern rüchrisch voran, und wenn der Nothleidende den unentbehrlichsten Hausrath oder das letzte Stück Brod dafür hingeben muß.

Die eingehendsten und traurigsten Nachrichten über den Nothstand liegen indeß aus Oberschlesien vor. Die ganze Höhe des in dieser Gegend herrschenden Elends kann man erst dann ermessen, wenn man sich vergegenwärtigt, wie hoch freilich eine Dürftigkeit des Lebens, eine Anspruchslosigkeit existirt, von der man in den meisten Gegenden Deutschlands kaum eine Ahnung hat! Nach den gewiß unverbürgten Berechnungen der Professoren v. d. Volk und Mäyer-Tharand stellt sich der Tageslohn in der Provinz Sachsen durchschnittlich auf 15.2 Pfund Roggenwerth; in der Provinz Schlesien durchschnittlich auf 10.8 Pfd. Roggenwerth, speziell im Regierungsbezirk Oppeln aber nur auf 8.8 Pfd. Roggenwerth und auf dem rechten Oderufer desselben kaum halb so hoch wie in der Provinz Sachsen! Die Vorgänge auf den fiskalischen Kohlengruben in Zabrze, (welche heute noch der versprochenen Aufklärung harren) brachten dazu die Verläge, und sie beweisen weiter, daß auch die höchentwollte Industrie keine höheren Löhne zahlt. Unter solchen Umständen genügt selbstverständlich schon die kleinste Steigerung der Lebensmittelpreise (ohne gleichzeitige Arbeitsverdiensterhöhung), um einen Nothstand zu erzeugen. Daß eine solche, und zwar ganz bedeutende Preissteigerung der unentbehrlichsten Lebensmittel infolge der schlechten Ernte und der Vorrath der Kornkörner eingetreten ist, weiß man bereits. Der Arbeitsverdienst aber hat sich fast gleich zu steigen, eher noch verschlechtert. Nach Erhebungen der ober-schlesischen Triebwerke beitragen die Schichtlöhne der besser bezahlten Industrie 1 bis höchstens 2 Mark, der höchste Tageslohn aber M. 1.40; mithin sind die Löhne um ein volles Drittel niedriger als z. B. in Saarbrücken. Und trotzdem fehlt es selbst für diese Hungertöhne noch an genügender Arbeit! Die Noth ist in einigen Gegenden bereits auf einem erschrecklichen Grad angelangt. Daß die wankenden Mütter, die Jagelung nichts zu essen haben, weil der Mann nichts zu erweiben vermag, ihre Säuglinge nicht mehr nähren können, so daß Eines oder das Andere stirbt, wird man gar nicht glauben dürfen — so schreibt ein Geistlicher an die „Sächsl. Zig.“ Und doch, während ich schreibe, präsentirt sich eben eine solche Mutter, die das Begräbniß ihres Kindes anmeldet und bitterlich vor mir weint. Ach, wie viele Schulkinder gehen barfuß, halbnackt, im winterlichem Frostwetter schliefen in die Schule, um die Eltern vor den Schulstrafen zu bewahren! Wir befinden uns also in wirklich bitterer Noth!

Dies bis auf's Äußerste zu steigern, bleibt nur mehr der Hungertypus übrig, der in Rhön bereits seinen Einzug gehalten hat und wohl bald zahlreiche Opfer fordern wird. Bei der Mangelhaftigkeit der „Hülfe“ der Regierung, welche den Nothstand dadurch zu beilegen gedenkt, daß sie durch die hungernden, frierenden und schwachen Nothleidenden für einen Tageslohn von je 60—70 Pfd. einige Stiegen bauen läßt, ist das Schlimmste, nämlich eine Hungertypusepidemie ähnlich der des Jahres 1847 zu befürchten. Ist das nicht eine herrliche „Verbannung“, in welcher für Tausende von fleißigen Arbeitern, Erzeugern der gesellschaftlichen Genüßmittel, nicht einmal die armthümlichsten zur Erhaltung des Lebens nöthigen Existenzmittel übrig bleiben, in welcher das arbeitende Volk massenweise schnell oder langsam verhungert und in unbeschreiblichem Elend verkommt,

während seine Bedrücker und Ausbeuter die Früchte seines Fleißes und Schweißes lüppiger denn je verschwenden und verschlingen?

Klassenjustiz. Anfangs Oktober wurde bei Sniatkowo im Thorner Kreis von einem rohen, übermühtigen Arbeitgeber, dem Partigutspachter Fredert zu St. Marianno, an einem „feiner“ Arbeiter kalten Mordes ein Verbrechen verübt, indem Fredert einen Landarbeiter, der eben seinen Dienst verließ und mit welchem er wegen widerrechtlicher Zurückhaltung einer demselben gehörigen Kuh in Streit kam, wie einen toten Hund niederschloß. Als wir damals (in unserer Nr. 3) über diese empörende Gewalttat zuerst berichteten und konstatierten, daß der Mörder länger als eine Woche nach der That von der sonst so schnell zugreifenden Polizei noch nicht verhaftet worden sei — da knüpften wir an unsern Bericht die bittere Bemerkung: daß der Mordbube von Arbeitgeber veranlaßt zu guter Letzt von seinen Bourgeoiskollegen von Geschworenen auch noch freigesprochen werde. Diese „gefällige, antreibende“ Bemerkung hat natürlich die Bourgeoispresse schnell in gewaltige „Entrüstung“ gebracht, welche sie der Schandthat des Richters gegenüber nicht hätte sünden können (ist doch der Mord in dem weitaus größten Theile der deutschen Presse todgeschwiegen worden!). So sogar verschiedene Parteigenossen sind damit unzufrieden gewesen, weil sie glaubten, daß es unrichtig sei, dem Geschworenengericht eine solche skandalöse Ungerechtigkeit, eine solche nimmer erhörte Injustiz zuzurufen. Man hielt angesichts der Unangreifbarkeit des Schuldbeweises die exemplarische Verurteilung des feigen Mörders für undiskutierbar.

Und nun das Resultat der dieser Tage stattgefundenen Schwurgerichtsverhandlung? Der mörderische Arbeitgeber ist vollkommen freigesprochen worden! Wie man sieht, ganz wie wir, durch frühere Ereignisse ähnlicher Art über das Wesen unser heutiger Justiz belehrt, es vermutet hatten. Natürlich, wie kann sich auch der Arzte, der Lohnknecht, dem Reichen, dem „Herrn“ gegenüber sein Recht behaupten und sich gegen seine patriarchalische Gewalt auflehnen zu wollen? Das, was unserer rechtlosen Zeit vor Allem Noth thut, ist die Stärkung des Autoritätsprinzips und deshalb der Gewalt des Staates, der Kirche und des Arbeitgebers und Dienstherrn. Der Arbeitgeber darf deshalb nicht Unrecht bekommen, vielmehr muß dem Knecht gezeigt werden, daß er von Rechtswegen in der Gewalt seines Herrn steht und ihm unbedingten Gehorsam zu leisten hat — ohne Murren noch Denteln und Rechtsbeteuerungen. Und wenn er seinen Nacken nicht willig beugt, nun, so muß er ihm eben gebrochen, wenn er sein Lebensklein nicht beiseite niederschraubt, so muß es ihm ganz ausgeblasen werden! Gibt es doch von diesem Arbeiterpad ohnehin mehr als genug. Wofür wäre denn sonst der Arbeitgeber Herr, als daß er Recht bekommt, und wofür unterhielte denn die herrschende Klasse ihre „Justiz“, als daß sie in der herrschenden Klasse Sinn und Interesse wirkt?

Die Börse ist bekanntlich gleich den ihren Geschäftstätigkeit nahe verwandten gewöhnlicheren, dem Straßengesetz mehr ausgelegten Formen der privaten Enteignung in ihrer Wirksamkeit wesentlich auf Dunkel und Finsternis angewiesen und sie fürchtet deswegen nichts so sehr, als den Lichtstrahl, der die Geheimnisse ihres Treibens der von ihr ausgeplünderten Welt offenbart. Gleich wie in einem Bienenstock der durch die Glaschleibe fallende Licht des neugierigen Menschen allgemeinen Stimmens und Schwärmen hervorruft, worauf die in ihrer lichtlosen Thätigkeit Gestörten schnell die Scheibe zu verschleiern und dadurch ihre Arbeit dem Zudringlichen wieder zu entziehen suchen, — ebenso empfindlich zeigt sich die Börse gegenüber jedem Versuch, ihre Thätigkeit zu untersuchen, zu analysiren und zu kontrolliren. Ein solches Gesumme, einen allgemeinen Aufruhr in dem Börsenstock brachte eine Bemerkung hervor, welche der preussische Minister Maybach im Laufe der jüngsten Eisenbahndebatte machte, und in welcher derselbe — offenbar durch den sozialistischen Zug der Verstaatlichungsvorlage mitgerissen — die Börse einen „Giftbaum“ nannte, „der über das Leben des Volkes seinen verderblichen Schatten werfe und dem die Wurzeln zu beschneiden und seine Aeste zu nehmen, ein verdienstliches Werk sei.“ Eine solche Sprache hatte die Börse von „Oben“, wo sie immer der lebenswichtigen Protektion und Kooperation sicher gewesen, noch nicht gehört und ihre Wuth, aber auch ihr Schreck war deshalb nicht gering, weshalb sich die Börsianer eiligst in den Börsenkommissionen, Handelskammern, Kaufmannsvereinigungen u. dgl. ihren Interessen dienlichen Körperschaften sammelten und Rath hielten, wie der „Anmaßung“ des Ministers wirksam entgegen zu treten und weiterer Schädigung der Börseninteressen vorzubeugen sei.

Eine interessante Information über die Stimmung, die Befürchtungen und Hoffnungen in den Börsenkreisen bringt die „Magdeb. Zig.“, die derlei wissen kann. Unsere Zocker, die täglich in wilder Lust den „Giftbaum“ umtanzen — schreibt sie — sind, zum ersten Male vielleicht in ihrem Leben, nachdenklich geworden. Es erglöhete sie der Gedanke, plötzlich könnte eine staatliche Kontrolle ihrem bisher unkontrollirten Treiben ein Ende machen oder es auch nur einschränken. Diese Besorgniß an der Börse ist allgemein, denn die Zockererei treibt ihr Wesen nicht etwa bios an der Lombarden-Gasse, sondern sie beherrscht, bis auf einen ehrenwerthen Bruchtheil großer und kleiner Bankiers, die gesammte sogenannte „Hauts Finance“. In ihr herrscht als allgewaltige Macht das Haus Rothschild, und hierin liegt für die kleinen Macher eine Verhängnis; denn sollte wirklich einmal eine Reinigung der Börse inszenirt werden, käme also der Spekulations-Schwindel in Gefahr, von den Börsen scheideweg ausgeschlossen zu werden, so hätten das erste Ausweisungsbekret Rothschild und seine Agenten zu gewärtigen. Es ist zwar schon bekannt, muß aber in Erinnerung gebracht werden, wie dieses erste Welthaus an den Börsen operirt. Neulich brachte es in Paris durch einen Beamten des Finanzministeriums Absichten der Regierung in Bezug auf Rentenkontrollirung, in Erfahrung, und sofort wurden den „Aneingeweihten“ Millionen von Renten aufgehoben. Das Haus Rothschild erfuhr rechtzeitig, daß die Kontrollirung nicht vor sich gehen sollte, und so wurde denn die bei stürmischer Haufe abgegebene Rente bei Paris zurückgekauft. Das Geschäft brachte ein paar Millionen Francs ein. Das rechtzeitige Verkaufen und Kaufen des Hauses Rothschild spielt eine große Rolle vor der Kriegserklärung Frankreichs und Italiens an Oesterreich und kurz vor dem Frieden von Villafranca.

Die Rothschild's, immer zuerst unterrichtet, verkaufen und kaufen deshalb immer rechtzeitig, kurz, sie beschmähren niemals die Manipulationen der ordinärsten Zockererei, sie bleiben bis zu dieser Stunde die Spekulanten par excellence. Ihnen haben's erst die kleinen Zocker abgesehen, wie ein „Geschäftchen“ zu machen sei, und käme also in das Treiben an der Börse plötzlich im Wettler hineingefahren, würde mit den „Machern“ vor und hinter der Kaulisse aufgeräumt und untere sogenannte „hauts finance“ wäre dann zuerst auf die Straßengeführt. Dieß beruhigt die kleinen Existenzen, die sich nicht vor unethischen Verwagungen, es könnte an die „Großen“ irgend wer sich heranwagen. Das Nachdenken über die möglichen Gefahren wird bald genug wieder dem Gefühl absoluter Sicherheit den Platz räumen.

Und dies Gefühl „absoluter Sicherheit“ vor der Einschränkung ihres schwindelhaften Treibens, welches der Börse bald wieder zurückkehren wird und zum Theil bereits wieder zurückgekehrt ist, ist vollkommen berechtigt. Mögen auch der Hof der Adel, das höhere Beamtenthum theilweise eine noch so große Abneigung vor dem gesellschaftlichen Umgang mit den „Juden“ und „Parvenus“ der Börse haben — im Grunde verbindet sie alle, die ganze herrschende Klasse, doch das gemeinschaftliche Interesse der Beherrschung und Ausbeutung des Volkes diesem gegenüber allzusehr mit einander, als daß sie sich in ihren speziellen Ausbeutungs-zweigen gegenseitig auf die Dauer entgegenarbeiten könnten. Warum auch gerade die Börse allein zum Sündenbock machen, da dieselbe doch nur eine Form der kapitalistischen Theilerei und Räuberei ist, die überdies das notwendige Produkt der kapitalistischen Wirtschaft ist und nur mit derselben fallen kann und fallen wird! Ueberdies wissen auch die „Angestammten“, die Aristokraten und Regierungsmänner die Vortheile der Börse und des Zusammenwirkens mit ihr recht wohl zu schätzen und zu berechnen und kennen viel zu gut, welche süße Früchte der „Giftbaum“ für den mit ihrer Verwaltung Vertrauten liefert, als daß sie ihn ernstlich schädigen möchten. Und dann darf auch die Macht der Börsenpotentaten nicht vergessen werden. Die „Magd. Zig.“ hat ganz recht, daß sich „an die „Großen“ Niemand heranwagen wird“!

Man braucht deshalb das hochtrabende Wort des Herrn Maybach nicht allzu ernst zu nehmen; es war kein Bruchston. Und daß man sich in unserer humanen Zeit jetzt nicht mehr damit begnügt, die kleinen Diebe zu hängen, sondern sie auch noch martern, prägen und rädern will, hindert durchaus nicht, daß das Stehlen und Räuben der Großen nach wie vor straflos bleibt, sondern auch zu Ansehen, Ehren und Würden bringt!

In den sächsischen Landtag, in welchem sonst die rührendste Harmonie zwischen der vortheilhaftesten Regierung und den edlen Volksvertretern und die musterhafteste Ruhe und Gleichmüthigkeit herrschte, welche höchstens durch eine wichtige Hoftheaterdebatte gestört wurde, — in dieses Haus des Friedens ist durch den Eintritt der drei sozialdemokratischen Abgeordneten eine arge Unruhe und liegende Bewegung gekommen, dergleichen dortselbst seit den Bewegungsjahren 48—49 nicht mehr erlebt worden ist.

Nachdem die Genossen Liebknecht und Freitag schon einige Tage vorher in der Debatte über das Landarmenwesen gesprochen hatten, um darzulegen, wie durch das von den sächsischen Behörden besonders infam ausgelegte Unterstützungswohnungs-gesetz die einst vielgerühmte „Freizügigkeit“ größtentheils gänzlich illusorisch gemacht werde, und für den Uebergang der von den Gemeinden elend gehandhabten Armenpflege an den Staat zu plaidiren, — ergriff Liebknecht am 27. v. Mts. in der Besprechung einer Interpellation des Abg. Stephan wegen der eingetretenen theilweisen Unterstützungsunfähigkeit verschiedener bei den sächsischen Staatsbergwerken bestehenden Knappschichtklassen das Wort, um die Regierung wegen der kasslosen und arbeitfeindlichen Art der Verwaltung der Knappschichtklassen und der raschnarr anstehenden, lichen Verwaltung der Staatsbergwerke überhaupt heftig anzugreifen. Es liegt uns leider weder ein eigener Bericht, noch der Wortlaut der betreffenden Verhandlung vor und wir müssen uns daher angedrückt der gütlichen Unzuverlässigkeit der lägerischen und geschäftigen Berichte der Bourgeoispresse einerseits und der Voraussetzlichkeit, daß wir bis zur nächsten Nummer einen eigenen Bericht aus Dresden erhalten, andererseits, vorläufig auf eine Notiz der unparteiischen „Dresdner Abendzeitung“ beschränken.

Demnach müßte die Regierung in ihrer Verantwortung der Interpellation die Thatsache, daß die Knappschichtklassen ihren Beschwerden gegen die unterstützungsbedürftigen Mittelglieder nicht nachkommen und die Invalidenpensionen auf die Hälfte des Versprochenen herabsetzen, vollkommen zugestehen. Sie suchte dieses klandestine Vorgehen aber dadurch zu entschuldigen, daß sie behauptete, der Grund der enormen Vermehrung der Invaliden liege darin, daß jetzt die Zeit gekommen sei, in welcher die sehr Begründung der Klassen denselben ansehnlichen Anzudehnen werden; dieser Umstand aber sei bei Berechnung der Höhe der Pensionen nicht beachtet worden! — Hierauf erklärte Liebknecht, daß der Grund der Mehrung der Invaliden ein ganz anderer, nämlich der verunreinigte, Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdende gewinnstüchtige Betrieb der Staatsbergwerke und die mangelnde strenge Aufsicht über die Betriebsbergwerke sei, und gab hierauf eine sachkundige Charakteristik der Klassen- und Arbeitsverhältnisse der Bergleute, indem er die Ausbeuterwirtschaft des sächsischen Bergwerkbetriebes einer vernichtenden Kritik unterzog. Die Antwort der hiesigen sprechenden Redner aller Parteien waren in Ermangelung von Gegenständen währende Angriffe auf die Sozialdemokratie. Dieselben wurden jedoch von Liebknecht, welcher noch zwei Mal das Wort ergriff, in einer Weise abgefertigt, welche nicht nur in der Kammer selbst, sondern auch auf den Tribünen u. dgl. eine Erregung erregte, daß z. B. viele Mitglieder der ersten Kammer bestürzt herübergeeilten kamen, um den Redekampf beizuwohnen. Die Herren werden sich an solche „unerhörte Szenen“ wohl oder übel noch gewöhnen müssen!

Der deutsche Liberalismus hat wieder einmal einen vollstündigen Beweis seiner politischen Ohnmacht und Niederrad gegeben. In der zur Vorbereitung der Magdeburger Reichstagswahl am 25. v. Mts. in Magdeburg stattgefundenen Versammlung „liberaler Wähler“ erließen

auch der Kandidat der Sozialdemokratie, Genosse Biereck, und meldete sich sofort, nachdem der Kandidat der Fortschrittspartei seine Kandidatenrede beendet hatte, zum Wort. Der „liberale“ Vorsitzende ertheilte ihm dasselbe indessen nicht, indem er erklärte, daß es sich lediglich um eine hässliche Angelegenheit Magdeburgs handle, und daß deshalb der in Leipzig wohnende Biereck nicht zum Sprechen berechtigt sei! Selbstverständlich rief den zahlreich anwesenden Sozialdemokraten ob solcher Injustiz die Geduld und sie protestirten energisch gegen diese selbige Mandatsbestimmung des Gegners durch die angeblich für das „freie Wort“ schwärmenden „Liberalen“, die sich dadurch zu Helfershelfern der Polizei machten. Alle Vorstellungen gegen die Schamlosigkeit dieses von den tapferen Liberalen natürlich schon vorher gestifteten Beschlusses, die Sozialdemokraten um keinen Preis zum Wort zu lassen, führten zu keinem Resultat, gleichwohl benützte der Vorsitzende die Ausrufung der Empörung seitens der Versammlung dazu, um „wegen des eingetretenen Tumultes“ die Versammlung für geschlossen zu erklären und den Saal mit Beihilfe der Polizei schnell räumen zu lassen, was indessen nicht so schnell geschehen konnte, daß nicht vorher noch von der Mehrzahl der Versammlung der Sozialdemokratie und ihrem Kandidaten donnernde Hochs ausgebracht werden konnten. Unsere Genossen werden natürlich auch in künftigen Versammlungen nicht dulden, daß die Bourgeoispartei das Recht der Meinungsäußerung nur für sich allein üben und unter dem Schutz des Ausnahmegesetzes im Trüben fischen. Wenn die Magdeburger Ordnungsgesetze aller Sorten demnach etwa gehofft haben, die gefährdete Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz los geworden zu sein, so sind sie ebenso eckig enttäuscht worden, wie früher ihre Gesinnungsgenossen in Breslau, Erfurt, Sachsen u. dgl. Die Sozialdemokratie zeigt eben, wo immer sich die Gelegenheit dazu bietet, daß sie noch eben so zahlreich, gut organisiert und schlagfertig ist, wie sie es vor dem Ausnahmegesetz war. Das Resultat der Magdeburger Wahl wird es wohl noch weiter beweisen.

Ein wahres Bild unserer gerühmten modernen „Zivilisation“, als Bücher voll begeisterter Lobeshymnen, gibt eine trodene Zahlenzusammenstellung, welche der belgische Akademiker Leon Donnai veröffentlicht hat und welche wir dem L'Etat de Californie entnehmen. Die statistische Aufstellung enthält eine Vergleichung der Geldeausgaben, welche die größeren Staaten einerseits für den Volksunterricht und andererseits für Militärzwecke machen. Demnach gaben aus pro Kopf der Bevölkerung:

	für die Volksschule	für den Krieg
Nordamerika	Dollars 2,18	Dollars 1,50
Preußen	55	2,48
Sachsen	75	2,48
Bayern	57	2,48
Württemberg	40	2,48
Oesterreich	37	1,50
Belgien	52	1,52
Dänemark	1,05	1,96
Frankreich	31	4,86
Italien	15	1,70
Niederlande	72	4,01
England und Wales	71	4,18
Schottland	72	4,18
Rußland	3	2,32
Schweiz	95	1,08

Es wird demnach — von den einzelnen Ländern, unter welchen Deutschland gleichfalls eine traurige Rolle spielt, ganz abgesehen — im Durchschnitt für Zwecke des systematischen Massenmordes mehr als das Vierfache von dem ausgeben, was für die Bildung des Volkes, für die Verbollkommnung des Menschen, für die wahre Zivilisation aufgewendet wird!

Die portugiesischen Sozialisten haben sich bei den im Oktober stattgehabten allgemeinen Wahlen zum ersten Male theilhaftig und 6 Kandidaten, 3 in Porto und 3 in Lissabon, aufgestellt. Indessen haben sie nur geringe Erfolge erzielt, da die Macht der Regierung gegenwärtig übermächtig ist, als sie ist und letztere außerdem vor keinem Mittel zur Verdrängung ihrer Stimmenzahl und Einschüchterung ihrer Gegner zurückweicht. Der Samum, der Gluthwind der Korruption, welchem unser Land wehrlos als andere preisgegeben ist — schreibt unser portugiesisches Parteiorgan „O Protesto“ — hat sein Werk gethan und Alles verwirrt. Wein, Geld und Versprechungen, das waren die vornehmsten Wahltagtore. Und so hat das „frei befragte“ Land die Volkvertreter gewählt, welche der Verschönerung der Thronrede zufolge das Land regieren sollen! In der herrschenden politischen Atmosphäre ist alles vom Brand ergriffen. Trotz unserer Niederlage aber herrscht in unseren Reihen keine Muthlosigkeit. Haben wir heute nur 130 Stimmen, so wissen wir, daß wir morgen mehr haben werden und daß uns die Zukunft gehört.

Daß die reiche Regierungspartei unsere portugiesischen Genossen wegen ihrer Wahlbedeutung verpötte, darüber ist nichts zu sagen; die Herren am Tajo werden das Lachen dereinst noch eben so gut verlieren, als ihre Standesgenossen an anderen Orten. Aber auch arbeitfreundliche Blätter, wie die „Revista social“ von Barcelona, halten die Theilhaftigkeit an der Wahl für verfehlt, weil das voraussichtliche Resultat ein zu unbedeutendes gewesen. Wir sind nicht hundertprocentig isomirt, welche Bedeutung die auf die sozialistischen Kandidaten gefallene Stimmenzahl hat, da ja hierbei der Wahlmodus von entscheidendem Einfluß ist. So viel wir jedoch wissen, ist das portugiesische Wahlgesetz durch Klassenwahl und hohen Zensus für die Arbeiter überaus ungünstig und wäre alsdann das Häuflein sozialistischer Stimmen durchaus nicht so unbedeutend. Auf alle Fälle aber sind durch die Wahltheilhaftigkeit zwei Vortheile gewonnen: Erstlich ist durch den Eintritt der Sozialisten in die parlamentarische Bewegung vor dem ganzen portugiesischen Volk offen das Banner des Sozialismus aufgeschwungen und dadurch weiten Schichten ein dessen Existenz gezeigt worden. Sodann aber konnten die portugiesischen Genossen im Wahlkampf ihre Kräfte messen, die richtige Erkenntniß ihrer Kräfte aber ist für eine politische Partei das Grundbedürfnis jeglicher ersprießlichen Thätigkeit, und ist das Bedauern über die Theilhaftigkeit an einer Wahl wegen schlech-

nen Resultates um so thörichter, als die Ueberschätzung der eigenen Kräfte gefährlicher als deren Unterschätzung ist.

Vor Allem aber sind wir über die Beihiligung der portugiesischen Genossen an den Wahlen auch deswegen befriedigt, weil diese Genossen dadurch bewiesen haben, daß sie politisch den rechten Weg erkannt haben, den in der neueren Arbeiterbewegung zuerst und mit so großen Erfolgen die deutsche Sozialdemokratie eingeschlagen und auf dem ihr nach anfänglichem heftigen Widerpruch und zahllosen Anfeindungen allmählig die aufklärten Arbeiter der meisten Länder gefolgt sind; und weil durch ihre Wahlbeteiligung aufs Neue die Zahl politischer Kinder sich vermindert hat, welche der Welt wunder wie sehr zu imponiren und sie zu erschauern glauben, indem sie sich in die Schmolldecke stellen und „nicht mitthun“!

Die Sozialdemokratie ist wirklich eine verurtheilte gefährliche Seuche, viel schlimmer noch als die Pest von Beirut; denn während sich diese durch Abperrung und Ausräumung der Seuchenherde durch Feuer und Tod unterdrücken ließ, hat sich gegen jenen bisher noch gar kein Mittel probat erwiesen und kein Land, keine Zone und — in den Augen der Herrschenden sicher das Allermerkwürdigste — auch kein Stand ist sicher vor ihm. Die Arbeiter, die ohnehin nur ein notwendiges Uebel für die armen Reichen sind, bleiben natürlich von vorneherein außer Frage — von dieser „rohen, unverständigen, neuerlichen Rasse“ ist ja ohnehin nichts Gutes zu erwarten. Aber der „berberische Wahnsinn“ hat auch schon eine Menge Angehörige der herrschenden Klasse selbst ergriffen. Bourgeois, Fabrikanten, Gelehrte, ja sogar Erben altermorscher Stammbäume finden sich in den Reihen der sozialistischen Armee und daß die ultima ratio regum, das Heer, nicht mehr intact ist, ist schon eine alte Geschichte. Erst jüngst ist in Amerika ein Mann gestorben, der beiden letzteren Ständen zugleich angehört und trotzdem sein Leben der Sache des arbeitenden Volkes gewidmet hat: wir meinen H. von Ende, den Sohn des früheren heftigen Kriegsministers. Die amerikanischen Genossen haben ihm in zahlreichen Gedächtnisverammlungen das rühmende Zeugniß gegeben, daß er der hingebendsten Genossen Einer gewesen.

Das einzige der sozialistischen Rintarkeit ganz unzugängliche Bollwerk der alten Ordnung und Zucht war bisher noch die hochwürdige Geistlichkeit. Aber — (schräglich zu sagen!) — auch in ihren heiligen Körper hat nun der böse Feind sein freßendes Gift geträufelt, und schon zeigen sich hier und dort deutlich die Verwüstungen. In der Schweiz munkelt man schon seit einiger Zeit von verschiedenen sozialistischen Partikeln. In den ebendiesem so glaubensstarken Niederlanden ereignete sich jüngst das schreckliche Schauspiel, daß ein hervorragender protestantischer Prediger, Domla Nieuwenhuis, aus der Kirche austrat, um sich ganz der Sache des Sozialismus zu weihen. Und jetzt ereignet sich ein ähnlicher Fall auch in den frommen Vereinigten Staaten, dem goldenen Land aller transzendentalen Schnurpfeisereien. Ein Prediger von Ruf, Mr. Edward Everett Hale, hat sich nämlich zum Sozialismus bekehrt und predigt denselben mit Feuerzunder in den ihm als „Reverend“ zugänglichen „höchsten“ Kreisen der Gesellschaft. Indessen dürfte diese Art Propaganda wohl bald ihr Ende erreicht haben, denn Hale dürfte bald die Erfahrung machen, daß sein Einfluß in jenen Kreisen nur an dem Pfaffenrod hängt und in dem Augenblick zu Ende ist, wo er Gerechtigkeit und Freiheit predigt. Denn diese sind die Todfeinde der herrschenden Klasse, und wo sie Anhänger finden, beginnt das Reich der Ausbeuter zu wanken. Wenn Hale, Nieuwenhuis und ihre Gleichgesinnten aber von ihren bisherigen Verehrern in der Bourgeoisie vor die Thüre gesetzt werden, so werden sie dafür zu treueren Freunden und ein um so dankbarer Feld für ihre humanitäre Thätigkeit beim Volk finden!

Berichte.

a. b. Leipzig, 30. November. Es war voranzusehen, daß die Berliner Gewaltthäter die Macht, die sie besitzen, rücksichtslos auszuüben würden. Der Belagerungszustand ist erneuert worden. Darüber ist kein Wort zu verlieren, obgleich es die Lachlust und die Logik gleichmäßig herausfordert heißt, wenn Graf zu Sulenburg als Motiv für die Erneuerung ansührt, „die Organisation der Sozialdemokratie sei noch in alter Kraft vorhanden.“ Damit ist doch wohl bewiesen, erstens, daß das Sozialistengesetz nicht seinen Zweck erreicht hat, zweitens, daß die gesammten Berliner Polizisten Eitel sind, indem sie diese Organisation nicht fassen und zerstören konnten. Schade um das schöne Geld; sind es doch Millionen, welche die Steuerzahler für eine solche Institution ausgeben müssen!

Nun kommt aber die Hauptsache. Da der Belagerungszustand nach dem Sozialistengesetz nicht verlängert werden konnte — § 28 des Gesetzes schreibt vor, daß der Belagerungszustand längstens auf die Dauer eines Jahres verhängt werden dürfe — sondern in aller Form erneuert werden mußte, als sei er vorher gar nicht dagewesen, so ist auch klar, daß die unter dem früheren Belagerungszustand getroffenen Maßregeln nicht ohne Weiteres auf den neuen übertragen werden konnten. Dieser einfache, jedem Laienverständliche von selbst darbietende Gedankengang ist aber vom Berliner Polizeipräsidenten unbeachtet gelassen worden. Freilich, wozu wäre man auch Polizeipräsident, wenn man sich an Recht und Gesetz lehnen sollte; Polizeier sein und heißen ist im deutschen Reich synonym mit Gewalt und Willkürmuth.

Es mußte um jeden Preis verhütet werden, daß die Ausgewiesenen, und sei es auch nur auf 24 Stunden, nach Hause zu ihren Familien kämen; wie leicht hätte auch während ihrer Anwesenheit eine Revolution ausbrechen und die Reihe des Ausgewiesenen an Herrn v. Madai und Konforten kommen können! So wurde also flugs befohlen, daß alle alten Ausweisungen auch für den neuen Belagerungszustand Geltung hätten. Indes scheint Herr v. Madai doch nicht ganz seiner Sache sicher zu sein, denn er hat sich damit begnügt, diejenigen unserer ausgewiesenen Genossen, die nach Ablauf des Belagerungszustandes, in der Nacht vom 28. auf den 29., nach Berlin zurückkehrten, im Laufe des gestrigen Tages in ihren Wohnungen festzunehmen und nach dem Molkenmarkt-Gefängniß transportiren zu lassen, woselbst ihnen nach mehrstündiger Haft bedeutet wurde, daß sie auch ferner ausgewiesen seien und noch im Laufe des Tages Berlin zu verlassen hätten. Um Aufsehen zu vermeiden, wurden

die Eßkisten von ihren Wohnungen nach dem Molkenmarkt und von dort theilweise später wieder nach ihren Wohnungen per Droschke transportirt. Genosse Parisch, der für besonders gefährlich gilt, wiederfuhr sogar die Aufmerksamkeit, daß man ihn Abends per Droschke aus seiner Wohnung abholte und ihn nebst seiner Frau (der die Begleitung gestattet wurde) nach dem Kahlischen Bahnhof expedirte, woselbst er nebst den Genossen Mühlberg und Haseloff die Rückreise nach Leipzig antrat, das sie die Nacht zuvor erst verlassen hatten.

Herr v. Madai hat es also für gut befunden, einen Prozeß wegen verbotener Rückkehr der Ausgewiesenen nicht zu machen und es ist auch wohl unweisehaft, daß er damit vor den Gerichten abgeblüht wäre. Wir wollen sehen, ob er dasselbe Verfahren auch gegen später Zurückkehrende beobachten — eine gerichtliche Entscheidung zu provoziren, scheint uns nothwendig.

Schließlich muß aber betont werden, daß mit der Erneuerung des Belagerungszustandes auf's Neue an alle Genossen die Pflicht herantritt, für die Ausgewiesenen und ihre Familien zu sorgen!

C. Nürnberg, 26. Nov. Gestern war hier großes volksthümliches Treiben nach dem „Sozialdemokrat“. Die 1000 Stück, welche Sie uns von Nr. 5 zur Verbreitung gelandt haben, scheinen in die „richtigen“ Hände gerathen zu sein; daher das Rennen und Jagen nach dem schrecklichen Papier, in welchem so derbe Wahrheit enthalten ist. Es war aber auch eine Lust, wie die Verbreitung vor sich ging: in zwei Tagen waren alle Exemplare an den Mann gebracht, ein Beweis dafür, wie süß „verbotene Früchte“ schmecken. Doch zur „Treibjagd“ zurück. Gestanden wurde natürlich nicht ein Exemplar, nur hat man bei einem Arbeiter in der Vorstadt Böhld eine Partie alter Wahlbrochüren, Flugblätter u. s. w. gefunden und natürlich gestohlen. Im Uebrigen extrahirte sich die Zudringlichkeit der Polizei, welche die Besuchten noch dazu beim Mittagessen fürte, auf den früheren Parteipolizisten, jetzigen Buchhändler Reiter, den Faktor der hiesigen Genossenschaftsdruckerei, Bräunlein, und auf die Lokalfürsorge dieser Druckerei selbst, sowie die Expedition der „Frank. Tageszt.“ (ein ganzlich tendenziöses Blatt, das in der Genossenschaftsdruckerei herausgibt wird). Eindeutiges dieses, der sich bis dato noch keines politischen Beuges zu erwehren hatte, obwohl er mancher Volksversammlung präsidirte, kommt mit den früheren Leitern der hiesigen Partei insoweit seines Geschäftes oft lange Zeit nicht in Berührung, und weiß daher nur vom Hörensagen, daß die Zucht sich im Großen und Ganzen der Form nach anständig betragen, überhaupt ist ja den untergeordneten Organen kein Vorwurf zu machen, da sie nur die stumm gehorchenden Werkzeuge Anderer sind — aber von den Leitern der hiesigen Polizei ist es auffallend, daß sie stets nur da suchen lassen, wo sie als ganz sicher annehmen können, daß ihnen nichts hingekriegt oder sonst auf die Nase gebunden wird, was mit dem verbrecherischen „Geiz“ vom Oktober vorigen Jahres irgendwie in Kollision gerathen kann. Daß die in dieser Beziehung maßgebenden Persönlichkeiten so große Eitel sein sollten, in so vorurtheillicher Weise vorzugehen, ist bei allen „guten Eigenschaften“, welche diese Herren haben, nicht wohl anzunehmen; es wird daher wohl richtig sein, wenn ich vermüthe, daß diese wiederholten Verlastigungen derselben Personen und Geschäfte zu dem Zwede erfolgen, um die Verlastungen zu kompensiren und geschäftlich zu schädigen. Der Zusammenhalt unter den Parteigenossen wird durch die Lektüre des „Sozialdemokrat“ natürlich bedeutend erhöht. Wahrscheinlich wird man nun mit erhöhtem Eifer zu Hieb und Stich, allein bei ihrer praktischen Expeditionsmethode und der amüsierten Dummheit der hiesigen Detektivpolizei ist an einen Erfolg solcher Schnüffelereien nicht zu denken, und können die bereits ziemlich zahlreichen Abonnenten ganz ruhig sein; sie werden ihr Blatt regelmäßig erhalten. — Hoffentlich erleben wir noch die Zeit, wo wir unseren jetzigen Verfolgern jede Niederträchtigkeit mit Zins und Zinseszins heimzahlen können. „Dann sei uns auch kein Schurz zu groß“.

Wien, 26. November. Vergangenen Samstag kam die f. B. von Ihrem hiesigen Ss. Berichtstatter (in Ihrer Nr. 1) zutreffend geschilderte polizeiliche Hausdurchsuchung und Briefdiebstahlversuchs-Affäre zur gerichtlichen Verhandlung. Wie es sich unter unserer vortheilhaften schwarzen „Ordnung“ von selbst versteht, war indessen nicht die gelebesverlegende Polizei der Angeklagte, sondern der von ihr Beschäftigte, Genosse Bernard. Die Verhandlung bestätigte vollinhaltlich den insamen, jedem Gesetz und Recht im Gesicht schlagenden Gewalt und Gaunerstreich der Polizei. Die Bourgeoispreffe richtet den Sachverhalt ganz lakonisch, als ob es sich um die rechtmäßigste Sache von der Welt handelte: „Dem Polizei-Kommissariate Margarethen war zur Kenntniß gekommen, daß Bernard jeden Montag einen Brief aus London mit einer Zeitung revolutionären Inhalts erhielt. Am 29. September um 12 Uhr Mittags sollte Bernard abermals eine solche Zuendung aus London erhalten. Das Polizei-Kommissariat war zuvor durch das Postamt hiervon in Kenntniß gesetzt worden, und es warteten deshalb vor der Wohnung des Adressaten zwei Polizeibeamte die Ankunft des Briefträgers ab. Als derselbe erschien, verfügten sie sich mit ihm in die Wohnung Bernard's, und in dem Momente, als dieser den Brief zugestellt erhielt, wurde ihm das Schreiben von dem Beamten Streitz abverlangt.“ Indessen weigerte sich Bernard bekanntlich, der unverkündeten Anfordernng zu entsprechen, und brauchte sein Hausrecht, indem er mit Hilfe seiner Frau und Tochter die Polizei bei Seite drängte und den Brief schnell verbrannte. — In dieser vollberechtigten Handlung fand nun der öffentliche Ankläger das Verbrechen des „Widerstands gegen die Staatsgewalt“. Die Verhandlung lieferte einen schlagenden Beweis von der schamlosen Korruption der österreichischen Behörden und von der vollendeten Rechtslosigkeit des „Unterhans“ gegenüber der Willkür derselben. Es hatte nämlich der Verteidiger den Zeugen Dr. Rupp gefragt, mit welchem Recht er in Bernard's Wohnung eingebrungen sei und ob er nicht das Gesetz zum Schutze des Briefgeheimnisses kenne? „Dr.“ Rupp, ein frecher, unverständiger Patron, der zum Skribenten zu faul und zu andern Dingen zu dumm ist, und darum bei der Polizei Altkar, recte Spießdienste genommen — dieser Dr. Rupp hatte hierauf die Unverkorenheit, seine mit Rhinoceroshaut bewachsene Stirn in die Höhe zu werfen und dem Verteidiger dreist zu erwidern, daß über die Berechtigung seiner

Ausbehandlung Niemand als die Polizei zu urtheilen habe, und rief dann den Gerichtspräsidenten um „Schutz“ gegen solche ihm unangenehme Fragen der Verteidigung an. Und der „Richter“ war in der That erbärmlich genug, dem frechen Polizisten Recht zu geben, dem Verteidiger einen Rüssel zu ertheilen und weitere Ausführungen desselben dadurch abzuschneiden, daß er das Beweisverfahren für geschlossen erklärte! Also der Richter billigt die freche Verletzung eines Gesetzes, die Polizei rüht sich ihrer Schandthat und der Geschädigte, welcher in geistlich vollkommen gerechtfertigter Nothwehr handelte und welchem von Rechts wegen allein das Klagerrecht zustände — er wird sammt seiner Frau noch überdies zu Gefängniß verurtheilt (erstere zu 8, letztere zu 14 Tagen). Es ist wahrhaft in unserem durch und durch faulen Staat schon manche Gewaltthat der Behörden vorgekommen, und tagtäglich kommen deren neue vor; aber eine solche schamlose Niedertrötung der fundamentalsten Rechte des Menschen und Bürgers dürfte in der neuern Zeit doch unerreicht dastehen!

— Kopenhagen, 17. November. Der stürmische und mächtige Anlauf, welchen die Arbeiterbewegung hier im Lande Anfangs der 70er Jahre nahm, ist später in das Gegentheil umgeschlagen, wie bei Louis Bio's Verdulien nach Amerika auch nicht anders zu erwarten war. Zu verwundern ist es noch, daß sich ein Häuslein Arbeiter wacker hält und unverdrossen bestrebt ist, das Banner der Arbeiterfrage hochzuhalten, da die Frauenthätigkeit allgemein war. Wer will auch den Arbeitern einen Vorwurf machen, wenn sie sich von einer Sache zurückziehen, der sie ohnehin anhängen, um schließlich zu finden, daß ein eitel Abenteuer sie gewisslos betrogen hatte? Es war aber auch gar zu bequem, die Arbeiter brauchen gar nichts zu lernen und zu denken, denn Bio besorgte das Alles selbst, und nebenbei bemerkt, wachte er auch eifersüchtig darüber, daß nicht etwa strebende Männer und ehrliche Arbeiter sich hervordrängten und ihm auf die Finger sahen. Bei denen, welche heute noch die Partei bilden, fehlt es nicht an gutem Willen, vorwärts zu kommen, wohl aber ohnehin an Eifrigkeit in die richtigen Mittel und Wege, dem hohen Ziele zu erstreben. Am besten wird die Partei durch die Organ „Sozialdemokraten“ repräsentirt, welches seit Anfang dieses Jahres einen mehr zielbewußten Inhalt bietet, und in Folge dessen auch Mitarbeiter in Kreisen außerhalb der Arbeiterpartei findet, so daß es bereits die Aufmerksamkeit der Regierung in der Thon bereits berichteten Weise auf sich zog.

Der Streik der Bauarbeiter zur Erlangung eines überall eingeführten und gegen den früheren ermäßigten Tarif scheint neuerdings ins Stocken gekommen zu sein (obgleich er von den meisten Meistern schon angenommen war), weil sich ein Theil, und zwar die bedeutendsten, verbunden haben, ihn unter keinen Umständen anzuerkennen und den unterschämten Arbeitern den Brodloib noch höher zu hängen. Die Versammlungen der Arbeiter sind deshalb auch stets sehr zahlreich besucht und oft auch stürmisch. Ein anderer Streik ist in einer unserer westindischen Kolonien ausgebrochen und macht den Pfansen auf St. Croix wirklich das Leben sauer; denn seit dem 1. Oktober weigern sich die Regier, kraft des neuen Dienstvertrages, sich wieder wie früher auf ein volles Jahr zu verpflichten. Die Zuckerrohr-Pflanzungen wollen aber die Regier in der alten Abhängigkeit erhalten wie bisher und bezeichnen das Gesetz nicht, im Vertrauen, daß die dänische Regierung zuletzt geneigt sein werde, das „Landstreichergesetz“ zu handhaben. Die Regier, offiziell „Plantagenarbeiter“ genannt, warteten einige Tage, daß sich die Herren bekümmern möchten, vom Jahreskontrakt abzulassen und den Lohn von 70 Cere (ungefähr 1 Franken) entsprechend zu erhöhen. Da dies nicht geschah, so kamen am 6. Oktober 2—3000 Regier in Fredrikshavn an und baten, nach den Nachbarn ein übergeleitet zu werden, um dort Arbeit zu suchen. Ein englisches Kriegsschiff ist bei Fredrikshavn vor Anker gegangen, auf Wunsch des englischen Konsuls, welches die Aufgabe hat, darauf zu achten, daß der Streik nicht wie letztes Mal, die „friedliche Grenze“ überschreitet.

Jörgen Gaardmand.

Briefkasten der Expedition:

Wot! Unsere Abonnenten zur Redaction, daß die Nr. 4, 5 und 6 vergriffen sind, also nicht nachgeliefert werden können. Wir versenden diese natürlich und thunlichst sicher; bei der Schwierigkeit, ungetreue Postdienste aber sind einzelne Verluste unterwegs nicht immer vermeidlich. Nachlieferungen erfolgen deshalb so weit Vorrath reicht auf Reklamationen, die wir uns jedoch erst frühestens 8 Tage nach dem Erscheinen des Blattes auf sicherstem Wege erbitten. Neue Adressen sind diesfalls erwünscht. Belegbriefe wollen man zur Verminderung von Witterungen möglichst wichtige Beträgensteuente gegenzeichnen lassen, da wir verdächtige Betrüger besonders bedienen müssen.

4 Pf. Geld erhalten und Korrespondenz. Wothout Dead: Dank für Reflexen. Es ist uns trotz Allem durchaus nicht gleichgültig, ob wir gewonnen sind, Spielns auf die Kasse zu haben, was nur für Genossen kenntlich sein darf. Verstanden? Gräß!

Duitung.

Für den Unterstüfungsfonds sind eingegangen:

Vom 17. bis 29. November: A. Baden 2, Aßfeld 6,50, Braunkauf 1,5, B. Rhoda 2, Ein bad. Erdgas-Wg. 5, M. Leipzig 8,20, Großh. 1, R. Leipzig 4,60, S. Cassel 8,03, Swidan 30, Cassel 10, Reutlingen 4, Brannenburg 4, Dresden 25,80, G. Hamburg 10, A. Prendental 1, Str. Schief. 8,55, Stra. burg 15, Unterredow 2, R. Berviers 12,10, Rannheim 30, R. R. Kuffig 8,67, Lechmann 14,30, C. Augsburg 6, Döbentem-Cruthal 3,50, Rendsburg 29, Pustig 5, Herloh 10, Pieschen 6, Dresden 6,40, Gumbinnen 75, Cottbus 2, A. G. Brauns 1/Wahren 10,30, Reutlingen 15, Drien 2, Reigda 2, Sackhausen 15, Raden 10, Aröhring 4,50, Großh. Began 6,45, Dortmund 5,90, Deubrus 18,45, Baderbus 3, Burghardtsdorf 1, Rannheim 25, Ruckhuden 1/Althaus 3,80, Emsdorf 1/Bären 6, Ostrom 7,80, Rannheim 3,50, Stuttgart 7, Ulm 14,25, Eßel 30, Delitzsch 6,42, Wignaditz 10, Schief. 8,82, Leipzig 4,10, 3, Leipzig 2, Minden 1/Deub. 22, B. Leipzig 5, Burghardt 6, Chemnitz 7,50, Chemnitz 14, S. Köln 30, Leipzig 60, Rühl 1/Böbern 30 — Kart.

Beim „Sozialdemokrat“ vom 18. bis 30. November: R. B. 8,15, Alle für Einen, Eine für Alle, Gama 3, für die verfolgten deutschen Genossen, Ertrag der Karndin-erholung am 29. Nov. im Deutschen Verein in Bärn, durch Sörgel 67,70, Braunkauf

Für den Magdeburger Wahlfonds sind eingegangen:

Beim „Sozialdemokrat“ 6, Bärn 2, K. Köttingen 1, Groltingen 1, St. 1, A. 0,50, Alle für Einen, Eine für Alle, Gama 2 — Franken.